

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

72 (17.9.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

F B S

2. Jahr Nr. 72 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 17. September 1947

Entscheidung zwischen Reaktion und Demokratie

Das Wahlprogramm der Kommunistischen Partei Frankreichs

Paris. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei hat eine Resolution angenommen, die am Vorabend der Gemeindevahlen, als ein Manifest und Wahlprogramm angesehen werden darf. Nach lebhafter Kritik an der Regierung heißt es in der Resolution: Es handelt sich heute nicht um eine Wahl zwischen de Gaulle und dem Kommunismus, sondern um eine Entscheidung zwischen Reaktion und Demokratie. Zur Rettung des Landes gilt nur eine Lösung: Gemeinsames Handeln der Sozialisten und Kommunisten mit dem Ziele einer demokratischen Regierung unter Beteiligung der Kommunisten. Das Manifest geht dann auf das Programm ein, das zur Durchführung gelangen mußte. Förderung der Produktion, Verwirklichung der Abkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der Lohn- und Preisfrage, Stützung des Franc, Steuerreform, Drosselung der öffentlichen Ausgaben, starke Herabsetzung der Militärkredite, unverzüglicher Friedensschluß mit dem Viet-Nam, Weiterentwicklung des Austausches mit den Ländern der französischen Union, deutsche Reparationszahlungen in Form von Kohle, Betriebsanlagen, elektrischer Energie usw., internationale Kontrolle des Ruhrgebietes und wirtschaftliche und finanzielle Hilfe von Seiten der weniger betroffenen, befreundeten und verbündeten Länder. Zu diesem letzten Punkt fordert das Manifest Bemühungen um den Abschluß von Kreditabkommen und An-

leiheverträgen ohne einseitige außenpolitische Orientierung Frankreichs. Abschließend appelliert das Manifest an das französische Volk, seinen Willen dahingehend kund zu tun, daß bald eine Regierung der demokratischen Union gebildet wird, die in der Lage ist, das Vertrauen wieder herzustellen, begeisterte Initiative wachzurufen und mutig an die Ausführung eines nationalen Hilfsprogramms heran zu gehen.

Paris. Mit einer Rede Maurice Thorez wurden die Arbeiten des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei abgeschlossen. Der Redner prangerte zunächst das Scheitern der Regierungspolitik im Hinblick auf die gründliche Fehlspekulation bezüglich der

amerikanischen Hilfe an und zählte die Bedingungen für eine nationale Wiedererhebung auf (siehe oben). Thorez betonte, daß die Kommunisten die französische Union retten wollen, aber es möge sich niemand Illusionen hingeben über die Vorschläge der Regierung für einen Frieden mit dem Viet-Nam. Der Redner kritisierte heftig die Politik der Sozialistischen Partei seit der Befreiung. Er ist der Ansicht, daß die Einigkeit unter den Arbeitern mehr denn je nötig ist. Nur diese Einigkeit könne zur Bildung einer neuen Regierung führen, die Ausdruck der allgemeinen Wahlergebnisse ist. „Ohne die Kommunisten“, so schloß Thorez, „ist es unmöglich, zu einer Entscheidung zu gelangen und im Wiederaufbau des Landes ernsthaft etwas zu leisten.“

Sozialdemokraten verlassen die bayerische Koalition

München. Der Landesauschuß der bayerischen SPD beschloß, die Koalitionsvereinbarungen mit der CSU vom 28. Januar zu lösen. Er forderte die sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre in der Regierung auf, aus der Regierung auszuscheiden. Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand werden beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um durch Neuwahlen zum

Landtag eine Klärung der politischen Verhältnisse herbeizuführen. Der Austritt aus der Koalition wird damit begründet, daß die „Entscheidungen der CDU-CSU in Frankfurt, die sozialistenfeindlichen Wendungen in der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Ehard in Eichstätt und die Gesamthaltung der CSU im Landtag zerstört habe. Die SPD löse daher ihre Vereinbarungen mit der CSU und gehe in die Opposition.

Draußen im Lande habe eine Koalition überhaupt nie bestanden, erklärte Albert. Es ließen sich hunderte von Beweisen führen, daß die CSU fast überall dort, wo sie über die entsprechende Mehrheit verfügte, in unduldsamer Weise und ohne jegliche Toleranz von ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit Gebrauch machte, trotz der Koalitionsvereinbarungen, welche ausdrücklich eine verständnisvolle Zusammenarbeit forderten.

München. In ganz Bayern wurden am Sonntagabend etwa 30 000 Plakate mit der Münchener Entschliebung über den Regierungsaustritt der SPD und der Forderung nach Neuwahlen angeschlagen. „Wir müssen ganze Arbeit leisten“, hatte Dr. Högner erklärt, nachdem er sich dem Willen der Mehrheit gefügt hatte, und nun dafür eintrat, daß die SPD aber auch keinen Schritt mehr auf dem Wege gehen darf, der sie wieder ins Schlepptau der CSU bringen könnte. Die bayrische SPD wird von nun an rücksichtslose Kritik an der Regierung Ehard üben.

Waffen-SS-Banditen

Verschörung in der Slowakei aufgedeckt. Prag. In der Slowakei wurde eine Verschörung gegen die tschechoslowakische Republik aufgedeckt. Zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen wurden aus allen Teilen der Republik gemeldet. Die Verhaftungen seien in Zusammenhang mit der Festnahme ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS erfolgt, die gegenwärtig die „Benderovici“-Banden bilden. Ferner befanden sich Anhänger Tisos unter den Verschörern.

Prag. Gegen Außenminister Masaryk, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Zenkl und den Justizminister Drtina waren Sprengstoffanschläge vorbereitet, die alle vereitelt werden konnten.

Demokratische Aktion vor hundert Jahren

Nach dem Abg. Grumbach sprachen die Vertreter der vier Parteien: Dr. Bittel (KP), Frau Dr. Teutsch (Dem.), Bgm. Geiler (SP) und Dr. Fleig (CSV). Gen. Dr. Bittel führte u. a. aus: Am hundertjährigen Jubiläum der Konferenz der radikalen Demokraten Badens, geschichtlich das bedeutendste Vorspiel zur deutschen Revolution von 1848/49, nimmt die Arbeiterbewegung ganz besonderen Anteil. Die damaligen „entschiedenen Verfassungsfreunde“ sind die radikalste Parteilagerung im liberalen Baden gewesen. Die Kammeropposition in Karlsruhe unter Dr. Hecker, wo sie energisch die großherzogliche Scheinkonstitution bekämpfte, machte mit dieser Zusammenkunft den

ersten Schritt in die außerparlamentarische Aktion,

indem sie eine demokratische Volksbewegung zur Tat und zu dem ungesetzlichen Akt der Steuerverweigerung aufrief. Die Hauptredner in Offenburg, Hecker und Struve, waren die Pioniere für die Verwirklichung einer kämpferischen sozialen Demokratie. Hier galt „Demokratie“ in ihrem ursprünglichen eindeutigen Sinn einer wahrhaften Herrschaft des Volkes! Erstmals traf sich hier

das politisch fortschrittliche Bürgertum und die anti-feudal gesinnte Bauernschaft mit dem Proletariat, jenen Handwerksgeleuten, Fuhrlenten, Hausknechten usw., von denen es in einem zeitgenössischen Zeitungsbericht heißt, daß „ein Strom von Menschen aller Klassen in großer Zahl“ sich mit rund 700 Teilnehmern versammelt hätten. Unsere heutige Demokratie muß sich auf das politische Wollen der 48er Jahre besinnen, um zu vollenden, was immer noch unvollendet ist. Es ist geradezu verblüffend, wie leicht und konsequent sich aus den historischen 1847er Artikeln der „Forderungen des Volkes“ die aktuelle 1947er-Politik programmatisch entwickeln läßt bis zur Forderung der nationalen Einheit mit dem herrlichen Satz: „Dem Deutschen werde ein Vaterland!“

Vor allem interessiert, wie weit auf der Offenburg-Konferenz vor 100 Jahren sich der Beginn antikapitalistischen Denkens und sozialer Klassenpolitik gezeigt hat. In Art. 10 hieß es: „Wir verlangen Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital! Die Gemeinschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen.“

(Fortsetzung siehe 2. Seite)



Dr. Friedrich Hecker geb. 1811 in Eichterheim bei Heidelberg gest. 1881 in St. Louis (USA)
Gustav von Struve geb. 1805 in München, gest. 1870 in Wien

Zur 100-Jahrfeier in Offenburg

Hecker und Struve als Zuschauer

Unseren Bericht über die Gedenkfeier der 48er-Revolution geben wir visionär Gustav von Struve in die späte Feder, die er in seinem „Deutschen Zuschauer“ vor 100 Jahren so meisterlich gehandhabt hat. Red.

© Vom hohen Olymp herab schauen wir nach Offenburg in Baden, dem Städtchen guter alter demokratischer Tradition, wo vor 100 Jahren mit unserer Konferenz am 12. September 1847 das Vorspiel zur 48er Revolution in Szene ging. Ihr erhoht Eure „Erinnerungsfeier an die Volksbewegung 1847/49“, von der Stadtverwaltung veranstaltet, zu einem badischen Staatsakt im Beisein des Staatspräsidenten Wohleb und seiner Minister, der Militärregierung und des Herrn Deputierten Grumbach (Paris), sowie Landtagsabgeordneten und Repräsentanten der vier Parteien. Man dachte zugleich an eine Volksfeier zum Gedächtnis jenes geschichtlichen Ereignisses, das die Stadt damals in den Brennpunkt des Kampfes um Freiheit und Einheit unseres ganzen deutschen Vaterlandes gestellt hat.

Uns ist der Offenburg-Tag eine hehre und schmerzliche Erinnerung an den Beginn der badischen Revolution, die 1848 so verheißungsvoll und tapfer anließ um 1849 brutal zusammenzuckern zu werden. Damit die Blut- und Eisenpolitik des Junkers Bismarck folgen konnte, mit kaiserlicher Reaktion im Innern, und nach außen in freventlicher Machtgier des ersten und zweiten Krieges gegen die große Nachbarnation Frankreich. Es folgte statt siegreicher Revolution die Tragödie Eurer Weimarer Republik mit der Hitlerdiktatur, am Ende der räuberische Weltkrieg, Deutschland in dieses maßlose nationale Unglück stürzend, aus dem Ihr Euch heute mit der „Neuen Demokratie“ herauszuwinden abquält.

Wir haben, weiß Gott, vor 100 Jahren für ein besseres Schicksal Deutschlands gewirkt und ehrlich gekämpft. Ihr tut daher gut, Euch an unsere Lehre und unsere Tat zu erinnern, um endlich heute und morgen zu vollenden, was uns und den nachfolgenden Generationen nicht gelungen ist. Möchte unsere Offenburg-Initiative und unser Kampf Euch ein nachahmenswertes Beispiel für alle Zukunft sein.

Aber, Euer Offenburg-Tag — entschuldigt, daß wir das nach alter Gewohnheit so offen sagen — war ein verniedlichendes Postenstück. Ihr feiertet ja gar nicht unsern ersten wichtigen Schritt zur entschiedenen Ernte der Politik mit aller Konsequenz des harten entschlossenen Kampfes um die Volksherrschaft. Ihr habt aus unserm Wollen und Tun epigonenhaft eine billige Farce gemacht. Ja, noch mehr, Ihr habt Inhalt, Zweck und Ziel unserer Konferenz (absichtlich oder unabsichtlich) mißdeutet und völlig falsch zum Ausdruck gebracht. Geradeheraus ausgesagt, Eure „Volkskundgebung“ ehrte unsere Sache weniger, als daß sie uns eine Schande war. Die Offenburg-Bevölkerung hatte nicht geflaggt; nur die Behörden. Es war wohl Arbeitsruhe, aber nicht zum Nacherleben eines historischen Ereignisses, denn die Festhalle war schwächer besetzt (zum Kino ist sie zweimal täglich überfüllt) als vor 100 Jahren Offenburg in den „Salmen“ geströmt sind. Die montierten Lautsprecher draußen schrien lediglich die parkenden Autos an. Der 5 Männer-Bläserchor war bestenfalls ein Witz. Herr Bürgermeister Ernst, gewiß, Sie sind kein Gustav Ree, der damals so feurig unsere Konferenz präsidierte, aber bei allem Lokalpatriotismus, so sentimental und leichenbitterlich hätte selbst ein Ahnungsloser die Erinnerungsfeier nicht einleiten dürfen. Teurer Bürger Staatspräsident, wenn Sie die Bedeutung unserer Konferenz „nicht überschätzen“ wollen, warum unterschätzen Sie sie denn so? Wir haben gar nicht mit „rührender“ Entschiedenheit unsere 13 Artikel aufgestellt, sondern mit sehr absoluter. Wenn Sie gerne wissen möchten, wer die fortschrittliche Forderung der progressiven Einkommensteuer und die Thesen von Arbeit und Kapital vorgebracht hat — ja, ist Ihnen denn entgangen, daß Hecker und Struve auf der Konferenz gesprochen haben, und hat man Ihnen unsere Reden nicht zu zeigen gewagt? Sie haben die 13 Artikel lobend erwähnt. Aber bitte, übersehen Sie dabei doch nicht unsern Art. 3, der den Konfessionsstreit damals schon aus der Schule verbannen wollte. Ihre Ergänzung mit „Menschlichkeit, Frieden und europäischer Ordnung“, seien Sie überzeugt, daß uns nichts mehr als dieses Ziel am Herzen lag. Der Sieg unserer 48er Revolution würde die Voraussetzung dafür geschaffen haben! Bürger Wohleb, Sie tun uns bitter Unrecht, wenn Sie uns als „Heißsporne“ fadeln, die über „die Schwierigkeiten der Entwicklung zu leicht hinweggesehen“ hätten. Gerade das Gegenteil ist der Fall: wir hatten die Konsequenz bis zum heutigen Tage vor Augen und deshalb proklamierten wir die entscheidende Politik der demokratischen Aktion! Qui vivra, verra.

Das historische Referat wurde weder der Analyse der Zeit, noch dem Geist der Bedeutung des Geschehens gerecht. Gibt es wirklich in ganz

Grumbach über Frankreich und Deutschland

Auf der Erinnerungsfeier an die Volksbewegung 1847/48 in Offenburg

Offenburg. Auf der von der Stadtverwaltung veranstalteten „Erinnerungsfeier an die Volksbewegung 1847/49“, an welcher Herr Gouverneur Robert, der Staatspräsident Wohleb, zahlreiche Minister und Abgeordnete des Landes teilnahmen, sprach neben Präsident Wohleb und Vertretern der badischen Parteien, auch der französische Abgeordnete Salomon Grumbach aus Paris. Die Begrüßungsansprache hielt Bürgermeister Ernst, die Festrede Rechtsanwalt Vortisch (Lörrach). Am Abend folgte eine Aufführung der Neunten Symphonie von Beethoven. Vorausgegangen waren eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof und eine Jugendfeierstunde, wo Prof. Kähni die Ansprache hielt. (Ueber die Jubiläumsveranstaltung siehe nebenstehenden Leitartikel.)

Der Ansprache des Abgeordneten S. Grumbach (Paris), Präsident des Ausschusses für Außenpolitik des Rates der Republik, entnehmen wir folgende Stellen:

Trotz aller Gegensätzlichkeiten, die zwischen unseren Nationen gelegen haben und noch liegen, müssen wir als Nachbarvolk zu Verständigung und gutem Einvernehmen kommen. Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, am Gedenktag der badischen Volksbewegung von 1847 das Wort zu nehmen, um als Mitglied des französischen Parlaments der nachbarschaftlichen Verständigung zu dienen.

Die damalige badische Volksbewegung wäre ausschlaggebend für den weiteren geschichtlichen Ablauf in Europa geworden, wenn sich die entschiedene Demokratie damals durchgesetzt hätte. Die Welt stünde dann nicht vor dem heutigen Chaos. Aber das Ziel sei auch heute noch dasselbe: dem deutschen Volk die

Freiheit und Einheit

zu bringen! Grumbach erinnerte an den durch die Niederwerfung der Demokratie begonnenen verhängnisvollen Weg der deutschen Nation, und an das tragische Ende, das alle diese Bestrebungen durch das Hitlerregime gefunden haben. So sei alles zerstört worden, weil es 1848/49 nicht gelang, der Republik zum Sieg zu verhelfen.

Der Unterschied zwischen der demokratischen Entwicklung in Deutschland und in Frankreich liege darin, daß sich die Demokratie in Frankreich immer wieder durchgesetzt habe, während sie in Deutschland immer wieder besiegt wurde, weil sich das deutsche Volk nicht dessen bewußt gewesen sei, was Freiheit bedeute. Leider sei festzustellen, daß sich das deutsche Volk immer nur dann zur Demokratie bekannt habe, wenn es im Unglück gewesen sei. Die Jugend, welche die Geschichte nur oberflächlich kenne, wäre geneigt, Elend und Demokratie gleichzusetzen.

Frankreich verstehe, was es heißt, militärisch besetzt zu sein, denn es habe dies von Seiten Deutschlands schon dreimal innerhalb 75 Jahren erleben müssen. Frankreich habe aber seine Demokratie verteidigt und bewahrt! Trotz aller Schwierigkeiten und trotz der militärischen Besetzung

müsse das deutsche Volk sich seine neue Demokratie aus eigener Kraft schaffen.

dem eine von außen aufgezwungene Demokratie sei wertlos. Deutschland müsse auf die Basis einer gesunden Volkswirtschaft gestellt werden, es müsse genügend produzieren dürfen, um seinen eigenen Bedarf weitgehend decken zu können, um zu exportieren und seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen, welche tragbar gestaltet werden müßten. Es müsse vor allen Dingen bemüht sein, das

Mißtrauen der Welt durch seine demokratische Haltung zu zerstreuen!

Dies bedürfe aber noch einer langwierigen geduldrigen Arbeit. Dieses Mißtrauen sei nur zu verständlich, nach alledem, was Deutschland den anderen Völkern angetan habe. Aber trotzdem müsse dies ein Ende nehmen, wenn das deutsche Volk es fertiggebracht habe, der Demokratie in seinem Land zum Durchbruch zu verhelfen.

Frankreich habe kein Interesse daran, ein zertrümmertes Deutschland zu sehen. Grumbach schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich kann hier wiederholen, was ich schon im französischen Parlament erklärt habe, Frankreich und die Welt haben dasselbe Interesse wie das deutsche Volk:

ein einig Volk

und eine demokratische Republik als Verbindungsbrücke zu den friedliebenden Völkern der Welt! In diesem Sinne möchte ich mit Ihnen der Vorkämpfer von 1847/49 gedenken in der Hoffnung, daß man in hundert Jahren sagen kann: Und diesmal haben wir es geschafft.

Baden keinen Nachfahren der 48er Revolutionäre mehr, der aus heißem Herzen hätte kundtun können, was uns damals bewegt hat? Wir wären etwa einem Venedy gern begegnet, um zu hören, was die junge Generation aus dem Werk ihrer Väter zu machen versteht. Kollege Advokat Vortisch, Sie haben unser Werk nicht im geringsten gewürdigt! Von so absurden Theorien wie einem „Sprachvolknationaldemokratismus“ hatten wir gottlob nie etwas gehört. Uns war die Sehnsucht nach der deutschen Einheit eine wirtschaftliche und politische Lebensfrage der Nation. Wir hätten uns gewünscht, daß ein maßgeblicher Historiker das Zeitgeschehen vor 100 Jahren endlich zur Darstellung gebracht hätte. (Wie ist übrigens zu verstehen, daß bis heute, trotz Universität und Geschichtsforschung, noch keine moderne Geschichte unserer 48er Revolution für Baden geschrieben ist?) Wenn man über die Offenburger Konferenz sprechen will und sich nicht einmal einen Verhandlungsbericht *) verschaffen konnte, um über den tatsächlichen Inhalt ihrer Reden im Bilde zu sein, dann hätten Sie lieber diesen Auftrag einem Kenner zurückgeben sollen.

Wir waren begierig, einmal am Prüfstand der Geschichte die Vertreter der vier Parteien Badens sprechen zu hören, die heute die Neue Demokratie verkörpern wollen. Was Bürgerin Dr. Teutsch (Dem.) für jene Partei sagte, die unser einst stolzen Namen trägt, war sozusagen in allem ein Mißverständnis. Das war ja gerade das Neue, daß unsere Offenburger Konferenz nicht allein vom 3. Stand getragen war, sondern daß die antifeudale gestimmte Bauernschaft und die proletarischen Handwerksleute mit uns der Kapitalzusammenballung feindlich gegenüberstehenden radikalen Demokraten zusammen tagten und wir danach gemeinsam kämpften. Bürger Geiler (SP) hat Recht, wenn er nach 1918 eine „Demokratie ohne Demokraten“ sieht, aber, wo sind sie heute, die entschiedenen Männer, die wie wir kompromißlos für eine soziale und demokratische Republik kämpfen? Sehr wenig in das ganze Konzept dieser Festveranstaltung paßt offenbar, was der Vertreter der Kommunistischen Partei (Dr. Bittel) über uns vorgebracht hat. Seine Rede — die uns herzlich erfreut und erfrischt hat — war offenbar einem wesentlichen Teil des Publikums genau so unbequem, wie wir damals der Bourgeoisie unbequem gewesen sind. Die schulmeisterliche Ueberheblichkeit und Drohung von Dr. Fleig (GSV) über uns „Demagogen, die weit über das Ziel geschossen“ hätten, haben wir lä-

*) UNSER TAG veröffentlichte einen Versammlungsbericht in der historischen Beilage der letzten Nummer „Badisches Journal 1847“. Der Bericht war der Wochenzeitung „Der Bürgerfreund“ (Mannheim, 19. September 1947) entnommen. Um alle Zweifel zu zerstreuen, wiederholen wir, daß der gesamte Text der Beilage original aus verschiedenen badischen Zeitungen vor 100 Jahren abgedruckt war.

Demokratische Aktion vor hundert Jahren in Baden

Schluß der Rede von Gen. Dr. Bittel bei dem Festakt in Offenburg

Vor hundert Jahren wurde hier klar das Recht auf Arbeit und Brot erhoben und ein besonderer Schutz für den arbeitenden Menschen gefordert, sowie Lösung der sozialen Probleme, die sich bereits in der Frühzeit des Kapitalismus gefahrdrohend erhoben hatten, als Hunger und Not im Lande herrschte und Polizeiwillkür und Bürokratie die Untertanen quälte. Es ist bezeichnend, daß alle Redner damals in Offenburg die materiellen und sozialen Fragen geradezu in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellten. Dr. Hecker rief in seiner Rede aus:

„Das Kapital beherrscht die Arbeit! Die Macht des Kapitals versklave den Arbeiter, entlohne ihn zu gering und er fordere Maßnahmen gegen übermäßige Kapitalansammlung in einer Hand

(also gegen das Monopolkapital), denn dies sei kein Heil für die arbeitende Klasse“. Die kleinen Gewerbe lagen darnieder durch die Konkurrenz der Fabriken und die Allmacht des Kapitals. Auch für die Bauernschaft, die die Masse der Bevölkerung ausmachte, stand damals der Kampf gegen Großgrundbesitz. So erklärte Dr. Hecker:

Kirchen und Kapitalisten reißen das Grundeigentum an sich, verpacken zu hohen unerschwinglichen Zinsen und stempeln so den armen Landmann zum Sklaven der Reichen.

Das Feudalwesen des Mittelalters sei in moderner Gestalt unter uns. Er forderte, daß nur ein gewisses Maß von Grundeigentum in einer Hand vereinigt werden dürfe. Unsere Bauern, sagte er, sind größtenteils weiter nichts als Tagelöhner auf ihren eigenen Gütern, weil sie überverschuldet sind und überbeuerte Pachtgelder zahlen müßten.

Wir haben also in unsern beiden modernen Forderungen der

Industriereform und Bodenreform

zwei echte altparlamentäre demokratische Forderungen, welche immer noch — weil sie heute noch unerfüllt sind — zu den entscheidenden Voraussetzungen unserer Neuen Demokratie gehören.

Die bürgerlichen Radikalen hatten im September 1847 noch ungenügenden Kontakt mit der politischen Arbeiterbewegung des Sozialismus und Kommunismus, die unter dem Terror des obrigkeitlichen Polizeistaates in die Emigration vertrieben war. Die das Zeitalter erhellende philosophische Erkenntnis des dialektischen Materialismus, den Marx und Engels zur gleichen Zeit im „Kommunistischen Manifest“ niederlegten, kam erst einige Monate später an die Öffentlichkeit. Aber die Ideen dieser sozial, radikal und entschieden demokratisch eingestellten Fortschrittsmänner gingen absolut konform. Auch in der umstürzlerischen revolutionären Tat, wie sich in den folgenden Revolutionsjahren 1848/49 erwies hat.

Es ist völlig unrichtig, wenn bis zum heutigen Tag und heute erneut behauptet wird, daß die Offenburger Versammlung nicht im geringsten Regungen und Spuren einer radikalen und revolutionären Kundgebung zu verzeichnen gehabt hätte. Der Versammlungsbericht über den Offenburger

cheld verstanden, denn genau so sprachen damals jene, die uns und die Demokratie dann niedergetrampelt haben. Der zweiteilige Angriff auf moderne „Untergrunddemagogen“, die die Edeldemokratie unter andern Vorzeichen fortsetzen wollten, gehört nicht in die geschichtliche, dafür umsomehr in die aktuelle Politik, mit denen sich wohl jene, die es angeht, auseinanderzusetzen wissen. Wir bedauern, daß kein Vertreter der Gewerkschaften zu Wort gekommen ist, die wir als unsere Nachfahren betrachten, und daß die Jugend, der die Zukunft gehört, weder auf der Tribüne noch im Saale sichtbar war. (Der Wunsch der Freien Jugend, das Wort zu bekommen, wurde ausdrücklich abgelehnt, Red.)

Auch etwas zu der „Jugendfeierstunde“, in welcher Prof. Dr. Kähni, in farbloser Umrahmung trockenen Geschichtsunterricht erteilt hat. Wir wissen nicht, ob es schier derselbe Text war, den er in der Nazizeit dozierte (jedenfalls sind Zitate aus Wilhelm Schäfers „Deutscher Seele“ unangebracht). Wenn das aller Geist und Begeisterung ist, mit der man den Kampf der 48er Vorfahren gedenkt, dann ist es kein Wunder, daß auch die Neue Demokratie bei der Jugend so schlecht im Kurs steht. Herr Professor haben auch die zweisprachige Festschrift verfaßt, in der Sie unsere programmatischen Reden in Offenburg überhaupt unterschlagen haben und die Geschichte verzerrten, indem sie der Konferenz ein „Bekanntnis zum zehnjährigen Hause“ unterschrieben und dreimal ängstlich betonten, daß wir „nicht revolutionär“ gewesen. Es ist eine politische Torheit, zu glauben, daß unsere entschiedenen Forderungen auf dem Boden des bestehenden Staates zu erfüllen gewesen wären. Man lehre doch die Tatsachen den Schülern, daß die Widerstände der Reaktion und des Kapitals so stark gegen uns waren, daß nur die revolutionäre Aktion übrigblieb. Und lasse Sie bitte den Unfug solchen Vergleichs: „keine Revoluzzer, sondern ernste, hochgesinnte Männer“; gerade Helden des Widerstandes und des revolutionären Kampfes sind es, was Deutschland allzusehr in seiner Geschichte entbehrt hat, um große politische Ziele wie andere Nationen zu erreichen.

Das war der erste Auftakt zu dem Gedenken der 48er Revolution, deren Nichterfüllung das traurige Schicksal Deutschlands bestimmt hat. Die Zeit verlangt mehr, als nur sentimentale Erinnerungen! Sie fordert aus der Geschichte Begeisterung, Willen und Kraft zu ziehen, um zu vollenden was ehemals gescheitert ist. In diesem Sinne ist die Offenburger Feier leider mißlungen. Sie hat die alte Schwäche der deutschen Demokratie aufgezeigt, daß das Volk, seine Jugend und seine politischen Repräsentanten, mit allzu geringen Ausnahmen, immer noch keine greifbaren Zeugnisse entschiedener kämpferischer Demokratie zum Ausdruck zu bringen vermögen.

Kongreß beweist, daß alle Redner durchaus radikal gesprochen haben. Trotz der Zensurücken ist kein Zweifel, daß Hecker ausdrücklich das badische Volk zur demokratischen Aktion aufgefordert hat, außerhalb des Parlaments und über die sowieso bekämpfte Verfassung hinaus etwa mit den Worten: Es gelte nunmehr den Volkswillen durchzusetzen, meine Herren, hierzu gibt es einen einzig unfehlbaren Weg — mag er bei manchen ein Grauen erregen — am 5. August 1789 wurden die Lasten vom Volk mit einem Strich weggewischt...“ Diese offene Anspielung auf das Beispiel der großen französischen Revolution sagt alles.

Nach der Offenburger Tagung haben die Feinde des Fortschritts von „Umstürzern, Vernichtern der Monarchie, Aufwieglern, Revolutionären, Kommunisten usw. in ihren Zeitungen geschrieben und gewarnt, daß die geforderte Steuererweigerung „folgeweise“ zur Revolution führe. Aber diese Folgerung war für unsere demokratischen Fortschrittsmänner keineswegs erschreckend, sondern selbstverständlich. Das für Hecker und Struve folgende Hochverratsverfahren, ihre Redeverbote, der spätere „Heckerputsch“ und die Ausrufung der Republik in Lörrach bestätigen das wohl zur Genüge. Als das Bad. Ministerium

Kleine Zeitung - Neigkeiten des Tages

SPEYER. Wegen Verdachts, 80 Sack Zucker verschoben und zur „Kompensation“ für einen Lastzug verwendet zu haben, wurde der ehem. Leiter des Wirtschaftsamtes Speyer verhaftet.

NEUSTATT/HAARDT. Die „Weltpresse“, die halbmonatlich Pressestimmen der Welt und aus Deutschland bringt, erschien mit der ersten Nummer.

MÜNCHEN. Ein Versuch zur künstlichen Regenzeugung durch Ausstäuben von Kohlenoxyd auf Hausenwolken von einem amerikanischen Flugzeug aus ergab östlich des Flugplatzes München-Riem einen 40 Minuten anhaltenden Regen.

DORTMUND. Eine schwere Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Viktor“ in Gastrop-Rauzel tötete sechs Bergleute.

HANNOVER. Von den 2500 Juden der Stadt bei Kriegsbeginn leben heute noch 200!

HAMBURG. 200 deutsche Hamburger Studenten werden bei der Einbringung der Ernte in England freiwillige Hilfe leisten. Sie haben Deutschland am 13. September verlassen.

HAMBURG. In den nächsten Tagen wird der Zeitungs-austausch mit dem Ausland nach einer Mitteilung der Internationalen Pressaustauschgesellschaft Hamburg aufgenommen werden.

HAMBURG. Die britische Militärregierung hat den Entwurf einer Verordnung für die Errichtung eines obersten Gerichtshofes der britischen Zone erlassen.

BERLIN. Die Genehmigung zur Errichtung einer freien Volksbühne für den amerikanischen Sektor Berlins ist kürzlich von der amerikanischen Militärregierung erteilt worden.

BERLIN. Nach Meldung der jugoslawischen Militärmission werden 1900 deutsche Kriegsgefangene in Pirna aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

WIEN. Der österreichische Volksgerichtshof verurteilte den ehem. Verteidiger der Dollfuß-Mörder Flanetta und Holzweber, Erich Führer, zu drei Jahren Gefängnis und Vermögensbeschlagnahme.

Markos: Demokratie und Unabhängigkeit

London. General Markos veröffentlicht in der Londoner „Times“ noch folgende persönliche Stellungnahme zu den gemeldeten Bedingungen, unter denen die Freiheitsarmee bereit wäre, Verhandlungen aufzunehmen. „Ich werde vielleicht einige Leute enttäuschen, wenn ich offen sage, daß unsere demokratische Armee von Anfang an nur demokratische Ziele und Bestrebungen und nichts anderes verfolgt. Diese Ziele können in folgenden Worten zusammengefaßt werden: Demokratie in Griechenland, nationale Integrität und Unabhängigkeit. In außenpolitischen Angelegenheiten Frieden, Verständnis und Zusammenarbeit mit Ost und West.“

Der Bürgerkrieg in China

Nanking. (Südena-AFP) Die Nationalisten besetzten Chu Cheng. An allen anderen Abschnitten haben aber die Kommunisten bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums prophezeite den baldigen Beginn einer 6. kommunistischen Offensive in der Mandschurei. Weiter wurde mitgeteilt, daß General Li Mo An, der Befehlshaber der nationalistischen Streitkräfte der Provinz Kiang Su, von den Kommunisten gefangen genommen worden ist.

Gottwald über den Marshall-Plan

Prag. (Südena-AFP) „Es ist schwer, schon jetzt die Auswirkungen des Marshall-Planes voraus zu sehen, denn er wird zur Zeit erst vorbereitet und ist noch ziemlich nebelhaft. Die Hauptabsicht des Planes scheint es zu sein, das deutsche Großkapital wieder aufleben zu lassen. Diese Wiedergeburt würde

Totale Erfassung der Kartoffelernte

Koblenz. (Südena) Die Regierung von Rheinland-Pfalz erklärt, es gebe keine Frage, die mehr im Vordergrund stehe, wie die der Kartoffelversorgung. Der Ministerrat beschloß, die absolute und totale Erfassung der gesamten Kartoffelernte auszusprechen. Eine Sonderverordnung dieser Art ist in Vorbereitung und wird durch Rundfunk und Presse veröffentlicht.

Um die Existenz von Tausenden

Stuttgart. Der Landwirtschaftsminister richtete einen Aufruf an die Bauern, ihre Produkte gemäß den gesetzlichen Bestimmungen restlos abzuliefern. Er wies mit Nachdruck darauf hin,

eine Wiederaufrichtung des germanischen Imperialismus bedeuten“, sagte der tschechoslowakische Ministerpräsident und Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Clement Gottwald. Weiter erklärte er, daß die verschiedenen Probleme, die durch die „Besteuerung der Millionäre“ entstanden sind, weder eine Krise oder einen Bruch der Nationalen Front, noch eine Regierungskrise hervorrufen könnten. „Es wird eine Lösung gefunden werden, die mit den Interessen der Republik und des Volkes übereinstimmt, und es der nationalen Front und der Regierung erlauben wird, ihre Arbeit fortzusetzen.“

Streikwelle in Italien

Mailand. In Brescia kam es zu einer Schieberei zwischen Bauern und Streikenden. In mehreren anderen Ortschaften ereigneten sich Schlägereien zwischen den Streikenden und Arbeitern, die die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Die Streikbewegung nimmt allgemein an Ausmaß zu, und die Arbeitsbörse in Ferrara beschloß, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter der Provinz in Streik treten. Man nimmt an, daß 200 000 Personen infolge dieses Beschlusses die Arbeit niederlegen werden. Auch die Angestellten und Techniker der landwirtschaftlichen Organisationen werden streiken. Weiter droht ein Streik der Metallarbeiter in Mailand. Der Ausstand der Angestellten der öffentlichen Verwaltung in Florenz dauert weiter an. Auch die Straßenbahnangestellten in Venedig werden die Arbeit niederlegen. Oertliche Streiks von Bauarbeitern und Angestellten der Papierfabriken und Druckereien usw., werden aus allen Teilen der Halbinsel (auch aus Sizilien) gemeldet.

daß es jetzt um die Existenz von Tausenden von Menschen geht, die sich vor dem kommenden Winter fürchten. Gegen säumige Ablieferer werde mit aller Strenge vorgegangen werden.

Ostzonen-Ernährung bis 1948 gesichert

Berlin. Der Chef der landwirtschaftlichen Verwaltung der SMA gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die Ernährung der Bevölkerung in der Sowjetunion bis zur Einbringung der Ernte 1948 gesichert sei. Die Saatfläche sei im Jahr 1946 schon gegenüber 1945 um 450 000 Hektar erweitert worden. Darüber hinaus seien ab Februar 1947 eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung durch die teilweise Abschaffung der niedrigsten Lebensmittelpreise erzielt worden. Im Jahre 1946 seien an die Westzonen geliefert worden: 89 000 to Getreide, 67 000 to Futtergetreide, 128 to Kartoffeln und 38 400 to Zucker.

Gelenkte Arbeitskraft - keine Zwangsarbeit

Berlin. Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED, erklärte in einem Interview, es könne nicht die Rede sein von einer Zwangsarbeit in den Uranbergwerken der Sowjetzone. Er verwies weiter darauf, daß die „Lenkung der Arbeitskräfte“ ja auch in anderen Ländern, wie in den anderen Zonen, nicht unbekannt sei. Er dementierte auch die Gerüchte über die Rückkehr des ehemaligen Generalfeldmarschall Paulus nach Deutschland und dessen Gründung einer neuen Partei.

Für Volksabstimmung und Festlegung der Reparationen

Berlin. (DENA) Otto Grothwohl, Vorsitzender der SED, forderte in einer Kundgebung in Zeitzei erneut eine Volksabstimmung über die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Bekanntheit des endgültigen Umfangs der Reparationspflichten.

Einberufung des Landtages

Freiburg. Der südbadische Landtag ist auf Donnerstag und Freitag dieser Woche, vormittags 10 Uhr, zu Plenarsitzungen im Kaufhausaal einberufen. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Regierungsvorlagen und Anträge. U. a. eine Regierungsvorlage zur Aenderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von 1927. Weiter eine Vorlage zur durch den Kontrollrat verfügten Aufhebung der außerordentlichen Pachtverordnungen vom 11. Oktober 1944.

Zuchthaus im Rottenburger Prozeß

Tübingen. Das Urteil im Rottenburger Bismarckprozeß verhängte folgende Strafen: Angeklagter Haaga: 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust wegen „einfachen Landfriedensbruchs“ und Beihilfe zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Spooner: 16 Monate Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust. Grall: 15 Monate Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust. Seeger: 1 Jahr Gefängnis, 1 Jahr Ehrverlust. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen. Chormann wurde mangels Beweises freigesprochen.

Europäische Zollunion?

Paris. 13 Vertreter der Sechzehner-Konferenz gaben ihren Beschluß bekannt, eine Untersuchungsgruppe zur Schaffung einer europäischen Zollunion, der u. a. Frankreich, Großbritannien, Oesterreich angehören sollen, einzusetzen.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Chefredakteur Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. —
Verlag: Südwest-Verlag-GmbH., (17b) Offenburg.
Hauptstr. 115. Postfach 261. Telefon 2297. Erscheint
mittwochs u. freitags. Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.
einschl. Trägerlohn, b. Postbezugs zuzügl. Bestelld. d.
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Warum Gewerkschaftseinheit?

Reaktionäre Versuche zur Spaltung der deutschen Arbeiterschaft

Größte Gefahr droht der deutschen Arbeiterschaft von dem unter den verschiedensten Tarnungen geführten reaktionären Kampf gegen die deutsche Gewerkschaftseinheit. Erst wenn diese Zersetzungsversuche endgültig gescheitert sind, ist die Einheit der Arbeiterbewegung und damit die deutsche Arbeiterschaft gesichert.

Unter welchen Gesichtspunkten werden diese Zersetzungsversuche unternommen? Man versucht, den Einsatz der gewerkschaftlichen Massenbewegung gegen die Reaktion dadurch abzulenken, daß man die **Konfessionsfrage** in den Vordergrund stellt. Den Arbeitern, die sich zur christlichen Weltanschauung bekennen, redet man vor, die Arbeiterparteien und der Marxismus seien eine Gefahr für das Christentum. Wir haben gesehen, welche Schwächung die Arbeiterbewegung vor 1933 durch die Trennung in christlicher, freie und andere Gewerkschaftsverbände erlitten hat, und wohin das führte. Man kann sagen, daß der Angriff der Reaktion von dieser Seite noch keinen Erfolg gehabt hat. Abgesehen von der Ostzone, wo die antifaschistische Blockpolitik aller demokratischen Organisationen jede derartige Spaltung unmöglich macht, hat aber auch in den Westzonen die christlich getarnte Reaktion keinen Anklang mit ihrem Ruf „Das Christentum ist in Gefahr“ gefunden. So ist einer Meldung aus Hildesheim im Westfalen zu entnehmen, daß sich die **Sozialausschüsse der CDU**, die sich überwiegend aus Kolpingvertretern und Geistlichen zusammensetzen, entschieden gegen die **Schaffung christlicher Gewerkschaften** gewendet haben. Im Gegenteil soll eine starke Werbung für die Einheitsgewerkschaft durchgeführt werden. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Albers (Köln), faßte die Meinung der sich weltanschaulich zum Christentum bekennenden Gewerkschafter dahin zusammen, daß er sich scharf gegen die Spaltung der Gewerkschaften aussprach.

Quertreiber in Südbaden

Auch in Südbaden sind leider Ansätze zu erkennen, unter dem Deckmantel des Christentums gegen die gewerkschaftliche Solidarität zu arbeiten. Wir erinnern an den Artikel von G. Maurer „Die Bewährungsfrist“ in der Südwestdeutschen Volkszeitung Nr. 60, worin dem Badischen Gewerkschaftsbund Benachteiligung der Gewerkschafter christlicher Konfession vorgeworfen wird und die Kommunisten eines „raffiniert ausgeklügelten Wahlmanövers“ bei der Wahl des Bundesvorstands zu Ungunsten der früheren christlichen Gewerkschafter bezichtigt werden. Die Entgegnung des **Bundesvorsitzenden Reibel** spricht klar die Meinung der großen Mehrheit der Gewerkschafter aus, wenn er u. a. sagt: „Wir hatten an der Feststellung, in welchem parteipolitischen Lager sich unsere Gewerkschaftsmitglieder befinden, kein Interesse. Es blieb dem Artikelschreiber vorbehalten, die Forderung aufzustellen, daß sich der Bundesvorstand entsprechend der parteipolitischen Einstellung der Mitglieder zusammensetzen soll. Daß Personen versuchen, eine christliche Gewerkschaftsbewegung aufzuziehen, ist uns bekannt, und wir nehmen diese Dinge ernst genug. Nicht wegen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern weil **reaktionäre Kreise** nur darauf warten, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung auseinanderfallen zu sehen, um nach dem Grundsatz „teile und herrsche“ auf dem Rücken der Arbeiterschaft ihre reaktionären Ziele verwirklichen zu können. Wer diesen Kreisen hilft, muß sich dar-

über klar sein, daß er die arbeitende Bevölkerung nochmals den Kreisen ausliefert, welche es dem Nationalsozialismus ermöglicht haben, seine Diktatur durchzuführen.

Zu dem Artikel Maurers gingen UNSERM TAG verschiedene Briefe zu. **Parteilose Gewerkschafter** schreiben u. a.: „Der Gewerkschaftsbund setzt sich nicht aus politischen Parteien zusammen. Er besteht aus einer Partei, aus der der Werkstätigen. Diese Partei hat nie die Aufgabe, christliche Belange zu wahren, so wenig, wie dies einst die Arbeitgeberverbände getan haben. Sind wir wieder so weit, daß die politischen Parteien versuchen, ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung geltend zu machen? Konfessionelle Einmischung kann unter keinen Umständen geduldet werden. Sollen solche Verdächtigungen die Bildung einer christlichen Gewerkschaft rechtfertigen?“

Bizonale Gewerkschaftsautonomie?

Eine noch stärkere Gefahr droht der Gewerkschaftseinheit durch die wirtschaftliche Abschließung der **Bizone** vom gesamtdeutschen Wirtschaftskörper. Auf der 5. Interzonenkonferenz in Badenweiler traten Bestrebungen auf, die Gewerkschaften der Bizone in einem eigenen selbständigen Gewerkschaftsbund zusammen zu schließen. Die **gewaltige Mehrheit** der Delegierten bestand aber auf der Wahrung der allgemeinen deutschen Gewerkschaftseinheit als Voraussetzung für die Schlagkraft der Gewerkschaften gegen die Reaktion und für die Aufnahme in den WGB. Auf der Interzonenkonferenz der Bergleute propagierte der Vorsitzende der hessischen Gewerkschaften ebenfalls den bizonalen Gewerkschaftsplan. Sein Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit entschieden abgelehnt. Dennoch ist die Gefahr nicht beseitigt, daß opportunistische Gewerkschaftskreise ihr Heil in der Anlehnung an die kapitalistische Wirtschaftsordnung sehen und eine der er-

strebten bizonalen Wirtschaftsautonomie parallelgehende **bizonale Gewerkschaftsautonomie** erstreben.

Einfluß des Auslands

Zu den inländischen Spaltungszellen treten ausländische Einflüsse, die besonders stark in der Bizone sind. In Stuttgart hat die amerikanische Gewerkschaftsföderation (AFL) ein Zweigbüro in Deutschland errichtet. Die AFL steht in Gegnerschaft zum Weltgewerkschaftsbund, dem u. a. die amerikanische Gewerkschaftsorganisation CIO und die Sowjetgewerkschaften angehören, und erstrebt die Aufspaltung des WGB in seiner heutigen Gestalt und Zielsetzung. Da die deutschen Gewerkschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit die vollberechtigte Mitgliedschaft im WGB wünschen, und als Voraussetzung hierfür die deutsche Gewerkschaftseinheit gefordert wird, sieht die AFL in einer solchen organisatorischen und willensmäßigen Einheit eine Gefährdung ihrer Ziele (d. h. eine Stärkung des von ihr bekämpften WGB) und fördert daher die auf eine bizonale Gewerkschaftsautonomie hienzienden Bestrebungen in den deutschen Gewerkschaften. Darum stimmt es außerordentlich nachdenklich, wenn in Frankfurt a. M. nach der Errichtung der Bizoneverwaltung dort nun ein Zweizeitungssekretariat für die Koordinierung der Gewerkschaften in der Bizone gebildet wurde.

Jeder Gewerkschafter muß aus dem gewerkschaftlichen Versagen vor 1933 gelernt haben. Er muß wissen, daß **hinter jedem Spaltungsversuch die Reaktion** steht, der alles an der Schwächung der fortschrittlichen Gewerkschaftskräfte gelegen ist. Sie wird alles tun, um eine wirtschaftliche Wiedervereinigung Deutschlands zu hintertreiben, weil sie die bestimmenden Einflüsse der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse in einer gesamtdeutschen Wirtschaft fürchtet. -hi-

Wenn der Bauer sich selbst hilft...

In der Oberpfalz liegt das Landstädtchen Roding. 31 bäuerliche Einwohner haben Tauschgeschäfte mit Butter gemacht. Nicht etwa gegen Radioapparate, Wäscheausstattungen, Silberbesteck oder anderes, sondern gegen — **Mistgabeln**. Denn ohne Arbeitsgerät können sie ihre Betriebe nicht aufrecht erhalten. Das Landwirtschaftliche Wochenblatt in München schreibt dazu:

Es ist jetzt gerichtsnotorisch, das soll heißen durch Gerichtsverhandlung allgemein bekannt, daß so ziemlich jeder Bauer, auch wenn er von sich behaupten kann, noch nie schwarz geschlachtet oder mit Vorbedacht schlecht abgeliefert zu haben, wie man so sagt, „mit einem Fuß im Gefängnis steht“.

Ganz einfach deshalb, weil Tauschgeschäfte mit bewirtschaftlichen Lebensmitteln verboten sind.

Kurz und gut — jedem Bauern wäre es natürlich lieber, er könnte sich seine Mistgabel oder was er sonst für seine Arbeit braucht, wie es sich gehören würde, für Reichsmark kaufen. Wenn er auch dabei darauf käme, daß er diesfalls wirklich ein schlechtes Geschäft macht, denn die Mistgabel ist um vieles teurer geworden, bloß die Milch und die Butter nicht. Aber die gute Reichsmark — was ist für die schon noch zu haben? Sind wir Bauern schuld an dieser Auszehrer unserer Reichsmark? Sind wir schuld, daß unsere gewerbliche und industrielle Wirtschaft

nichts auf die Welt bringt? Das wird wohl niemand behaupten können.

„Hitler und seine Nazi sind an allem schuld“. Mit diesem Hinweis allein ist uns auch nicht geholfen. Das könnte man uns in zehn Jahren auch noch sagen, denn der historische Tatbestand ist unveränderlich. Wir müssen uns also an unsere bayerische Landesregierung halten. Wenn sie schon von uns ständig verlangt und fordert, muß sie uns auch instand setzen, geben zu können. Es ist nicht erst seit gestern soweit, daß wegen Betriebsmittelmangels schon ein großer Teil unserer Bauernhöfe glatt „arbeitsunfähig“ geworden wäre, wenn sie sich nicht selbst geholfen hätten. Und nun bekommen wir zu hören, daß man Bauern vor Gericht gestellt und teilweise verurteilt hat, weil sie sich eine Mistgabel gegen Butter eingetauscht und sich dabei verfehlt haben. Das wird ihnen, soweit ich die bayerischen Bauern kenne, hart genug angekommen sein und die Bäuerinnen werden ihrer Butter schwer genug nachgetrauert haben.

Wir Bauern sind keine Juristen und keine Paragrafenschuster, sondern „nur“ Leute mit gesundem Menschenverstand. In der Stadt reden sie heutzutage gerne vom „Mann auf der Straße“ und fragen ihn sogar in hochpolitischen Dingen um seine Meinung. Auch wir Bauern gehören sozusagen zum „Mann auf der Straße“ und haben auch ein Anrecht darauf.

Überlegenheit der Leipziger vor der Hannoveraner Messe

Die bisher vorliegenden Gesamtergebnisse der Messen in Leipzig und Hannover gestatten eine Bewertung ihrer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Es wäre falsch, beide Messen auf einen Nenner bringen zu wollen, und sich von den absoluten Abschluß- und Besucherzahlen beeinflussen zu lassen. Die Leipziger Herbstmesse diente ausschließlich dem Export- und Interzonengeschäft in Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (ohne technische Messe), während in Hannover alle Branchen ausstellten. In den sieben Messetagen wurden in Leipzig insgesamt 32 Millionen Dollar umgesetzt, wogegen Hannover in 21 Tagen und den doppelten Betrag erreichte. Das Auslandsgeschäft beider Messen hielt sich in demselben Verhältnis, d. h. Leipzig brachte 16,06 Millionen Dollar, Hannover 31,24 Millionen Dollar Auslandsaufträge. Ein Drittel fiel dabei auf die Auslandsumsätze der technischen Messe (Fahrzeuge und Maschinen). Die britischen Käufer stellten in Hannover das größte Kontingent mit nahezu 20 Prozent, während in Leipzig Holland mit 40 Prozent vor England dominierte. Die USA beteiligten sich dagegen nur mit knapp drei Prozent am Auslandsgeschäft.

Bei einem Vergleich der Umsatzziffern in Leipzig und Hannover sind die Leipziger Umsätze sehr zufriedenstellend, weil sie auf einer Anzahl kleiner Fertigwaren- und Verbrauchsartikelumsätze beruhen, die einen hohen Prozentsatz an Fertigungslöhnen enthalten, während in Hannover die hochwertigen Einzelumsätze in Fahrzeugen und Schwermaschinen dem Geschäft das Gepräge gaben. Beide Messen standen unter dem Einfluß der gleichzeitig in Wien und Prag stattfindenden Exportausstellungen, die sich fast ausschließlich an die ost- und südeuropäischen Käufer wendeten. Daher waren diese bei den deutschen Messen — mit Ausnahme Jugoslawiens — diesmal nicht so stark vertreten.

Die zunehmende wirtschaftliche Autonomie der Bizone machte sich dadurch be-

merkbar, daß das Messeunternehmen in Hannover als Konkurrenz gegenüber der zur gleichen Zeit stattfindenden Leipziger Messe auftrat. Während Leipzig den allgemeindeutschen Charakter wahrte, und dort Aussteller aus allen vier Zonen teilnahmen, waren die Aussteller der sowjetischen Besatzungszone in Hannover ausgeschlossen. Ein typisches Beispiel der Konkurrenz war, daß z. B. der niedrigste Umrechnungskoeffizient für weniger gefragte Waren in Leipzig mit 25 Dollarsents festgesetzt war, während man in Hannover bis auf 10 Cents hinunterging. Diese konkurrierende Haltung in Hannover schädigt natürlich die deutsche Wirtschaft außerordentlich, weil es sich heute für Deutschland — dessen Währung in der Welt keine Meistbegünstigung mehr genießt — darum handelt, nicht allein möglichst viel zu verkaufen, sondern auch zu günstigsten Bedingungen. Bei einem gegenseitigen Untertreiben zwischen deutschen Exportmessen kommen die Exporterlöse weniger der deutschen Wirtschaft durch Schaffung möglichst hoher Auslandsguthaben zugute, sondern den Zolleinnahmen der Importländer.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Messen ist auch im Wesen der Besucher zu sehen. Bezeichnend ist, was die Rhein-Neckar-Zeitung (Heidelberg) dazu schreibt: „Schließlich verdient die astronomisch anmutende Zahl von 850 000 verkauften Eintrittskarten in Hannover noch eine Erklärung. Sie steht mit der Exportmesse nur insofern im Zusammenhang, daß dieser gewaltige Menschenstrom einestils die Messe finanzierte, aber gleichzeitig jeweils nachmittags die Ausstellungen total verstopfte. Auf jeden Fall scheinen viele Hannoveraner mehr Wert auf die mit der Messekarte verknüpfte Marke für ein Gläschen Süßwein gelegt zu haben, sonst hätten sie die Karten nicht fünf- bis sechsfach gekauft. Demgegenüber wirkte die Leipziger Messe

mit ihrer reibungslosen Organisation fast nüchtern-geschäftlich. Mit großer Befriedigung konnten Aussteller und Einkäufer dort feststellen, daß durch eine strenge Auswahl der Ausgabe von Messeausweisen im Gegensatz zu den beiden Frühjahrmessen eine reibungslose Abwicklung der Verhandlungen und Geschäfte ermöglicht wurde. Das oder die Schnäpschen konnten sich die Leipziger auch ohne besondere Eintrittskarte in den Gaststätten einverleiben.“

Demgegenüber wurde die Leipziger Messe von 142 000 Interessenten, darunter 2 650 Ausländer, besucht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich in Hannover die Ausschließlichkeit auf die Bizone und der Konkurrenzcharakter gegenüber Leipzig für das Exportgeschäft und für den Aufbau einer gesamtdeutschen Wirtschaft schädlich auswirkte, während die Leipziger Messe an ihrem Charakter als Schaufenster der deutschen Wirtschaft und als Messe Gesamtdeutschlands nicht allein nichts verlor, sondern sein Ansehen im Ausland eher noch gesteigert hat.

Bizone — USA

Hannover. Die Verbindung zwischen der Bizone und der USA-Wirtschaft tritt immer deutlicher hervor. Die Exportmesse in Hannover stand unter einem ausgesprochen anglo-amerikanischen Protektorat. Die Bizone hat nunmehr neuerdings die Möglichkeit erhalten, eine **ständige Ausstellung** ihrer Waren in New York durchzuführen. Es sollen Erzeugnisse gezeigt werden, die für Exportzwecke laufend geliefert werden können. Die Ausstellung erfolgt durch die vereinigte Export-Import-Agentur (Geia), der in New York eine ständige Ausstellungsfläche von 2000 qm zur Verfügung steht. Die Verbindungsstelle befindet sich in Hannover.

Blick in die Wirtschaft

USA gegen Konvertierungssperre

Washington. Finanzkreise der USA sollen die baldige Wiedereinführung der Umwandelbarkeit Pfund-Dollar verlangen, weil der amerikanischen Wirtschaft aus der bisherigen Aufhebung starke Schäden erwachsen würden. Bekanntlich war für England einer der Hauptgründe für die Sperre der Umwandelbarkeit die untragbare Belastung der geringen englischen Dollarreserven. Nach dem früheren Finanzabkommen konnten die Gläubigerländer Englands — das an das Ausland außerordentlich verschuldet ist — die Bezahlung ihrer Forderungen in Dollar verlangen.

Neustadt a. H. Die pfälzische Weinernte dürfte nur ein Zweidrittelherbst werden, da sich trotz guter Qualität die Trockenheit mengenmäßig stark auswirkt.

Paris. (Südena-AFP). Die französische Regierung hat beschlossen, die Einfuhr aus der Dollarzone vorläufig herabzusetzen. Lediglich bestimmte Bedarfsartikel sind von dieser Maßnahme ausgeschlossen.

Washington. Amerikanische Wirtschaftler rechnen mit der Schaffung eines europäischen Währungsfonds unter Anlehnung an den Dollar als wichtigste Maßnahme zur Verwirklichung des Marshallplans.

Berlin. Eine Berliner Firma hat die Herstellung von sog. „deutschem Machorka“ aus den Strünken der Tabakpflanze aufgenommen. Das 250 gr. Paket soll mit 5 Mark im Kleinhandel verkauft werden.

New York. Die diesjährige Weltgetreideernte soll erheblich niedriger liegen als die von 1946. Einem Weltausfuhrbedarf von 38 Millionen t würde nach bisher vorliegenden Schätzungen nur eine tatsächliche verfügbare Menge von 29 Millionen t gegenüberstehen. auf.

gefragt zu werden. Und da haben wir folgendes zu sagen: Die Mistgabeltäter stehen vor Gericht. Gibt es aber nicht auch in diesem Falle eine „Mittäterschaft“ und eine „Begünstigung“, die — wenn schon, denn schon — auch strafrechtlich verfolgbar ist?“

Der Generalsekretär des bayr. Bauernverbandes äußert sich dazu in demselben Wochenblatt mit folgenden Worten:

„Der Prozeß wirft eine grundsätzliche Frage auf. 650 000 Mistgabeln werden in Bayern jährlich benötigt. 40 000 konnten legal beschafft werden, das sind nur 7 Prozent des tatsächlichen Bedarfs. In Bauernkreisen wird lebhaft erörtert, wie soll für die Zukunft die Versorgung mit Mistgabeln geschehen? Mistgabeln werden nun einfach gebraucht, weil man den Mist nicht mit der Hand auflegen und aus den Ställen zum Misthaufen bringen kann. Wenn die Landwirtschaft unter einer totalen Zwangswirtschaft sich befindet, muß der Staat für die Beschaffung der Mistgabeln Sorge tragen. Bisher hat er hier, wie bei den sonstigen Betriebsmitteln für die Landwirtschaft, versagt. Versagt er weiter, wird der Kreislauf mit Tauschgeschäften nicht abreißen. Diese sind aber verboten, wie der Prozeß in Roding deutlich beweist. Was soll nun der Bauer tun?“

Dieses Rätsel kann nur die Bayr. Staatsregierung lösen. Die Rödinger Mistgabeln haben uns die Augen geöffnet. Das ist der Wert dieses Prozesses. Wir müssen uns der Sackgasse heraus; denn in grundsätzlichen Fragen gibt es nur ein Entweder-Oder.“

Die Rödinger Mistgabeln sind keine lokalbayerische Angelegenheit, sondern werfen ein hartes Schlaglicht auf die trostlose Versorgungslage der Bauernschaft mit Arbeitsgeräten. Das ist auch in Südbaden so. Auch wir haben die totale staatliche Bewirtschaftung. Wo bleibt die industrielle Erzeugungsplanung unter bevorzugter Herstellung landwirtschaftlicher Geräte? Wo bleibt die Wirtschaftsdemokratie mit der immer wieder geforderten Einschaltung der bäuerlichen Berufsverbände und Ortsausschüsse, der Gewerkschaften und Betriebsräte? Ohne demokratische Produktionskontrolle in Gewerbe und Industrie wird der Bauer auf legalen Wege keine ausreichende Menge von Arbeitsgeräten erhalten. Der Staat sperrt die Bauern ein, die in ihrer Not zur Selbsthilfe greifen. Aber was tut er, um den Bauern die erforderlichen Arbeitsgeräte zu verschaffen? at

Bücherbrett des Gewerkschafters

Karl Fugger: 50 Jahre deutscher Imperialismus und die deutschen Gewerkschaften, Berlin 1947, 38 S. Verlag „Die Freie Gewerkschaft“.

Der Verfasser gibt ein klares Bild des geschichtlichen Ablaufs der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Rahmen der Entwicklung des Kapitalismus und seiner verschiedenen Phasen. Die von der Gewerkschaftsführung vor 1933 begangenen theoretischen und politischen Fehler, die zu dem tiefen Sturz führten, werden ausführlich dargelegt. Die Broschüre gibt unseren Gewerkschaftern wertvolles Material, um den richtigen Weg der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung zu erkennen.

Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1946, Berlin 1947, 431 S. (Verlag „Die Freie Gewerkschaft“).

Das vorliegende Werk ist mehr als ein Geschäftsbericht. Es ist eine umfassende Darstellung der neuen Gewerkschaftsbewegung in der Ostzone, — eine Fundgrube der neuesten deutschen Gewerkschaftsgeschichte. Neben den grundlegenden wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufsätzen lernen wir aus den Berichten der Verwaltungsabteilungen des Bundes und der Industriegewerkschaften die ungeheure Arbeit kennen, welche die Gewerkschaften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau geleistet haben. Einen besonderen Wert erhält das Werk durch die Selbstkritik und das offene Aufzeigen der noch bestehenden Fehler und Mängel im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufbau.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund hat folgende kleine Broschüren herausgegeben, die in die Hand eines jeden Gewerkschafters gehören:

Das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, Berlin 1947, 16 S.

Der Jugendvertreter im Betriebsrat und seine besonderen Aufgaben, Berlin 1947, 12 S.

Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsgruppen und ihrer Leitung, Berlin 1947, 19 S.

Aufbau des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1947, 11 S.

Marmelade verdirbt!

Freiburg. Eine Leserin schreibt uns: Ich habe ein kleines Lebensmittelgeschäft in Haslach. Meine Kunden sind Leute, die fest arbeiten müssen. Täglich fragen sie: „Gibts heute Kartoffeln?“ Alle klagen dasselbe Leid. Es sind Leute, die keine Tauschobjekte haben. Frauen, die ihrer Kinder wegen nicht fort können, viele die arbeiten müssen, da der Lohn des Mannes den bedeutenden Preisen nicht angepaßt ist. In dieser Zeit verderben noch Lebensmittel, auch hier in Freiburg! Hier ein Beispiel: Ich habe 60 kg gezeckerte Marmelade, die verdirbt. Im Juni erhielt ich 15 kg gezeckerte Mehrfrucht-marmelade aus der Verteilung an Schwerearbeiter. Das Ernährungsamt gab in einem Anschlag bekannt, welche Marmelade führen. Ich stand nicht auf dieser Liste, und daher hat, ebenfalls in die Verteilung eingeschaltet zu werden, da ich noch Marmelade hatte. Dies wurde mir jedoch abgeschlagen, „nur neu

Mitteilung der KP Freiburg

Mitgliederversammlungen:
Stadtteil Stühlinger: Donnerstag, 18. September, 20 Uhr, Rest. z. Stühlinger; Stadtteil O-Wiehre: Freitag, 19. September, 20 Uhr, Rest. Neustädter Hof. — Thema: Berichterstattung vom Parteitag, Vorbereitung unserer Generalversammlung.
Genossen, erscheint zahlreich und pünktlich!
Genossen, Sympathisierende!
Demnächst soll mit der Durchführung politischer Schulungskurse im Landesmaßstab hier in Freiburg begonnen werden. Zu diesem Zweck benötigen wir noch einige Schlafstellen (Bettwäsche wird gestellt). Baldige Meldungen erbeten an KP-Sekretariat Freiburg, Schwarzwalddstraße 2.

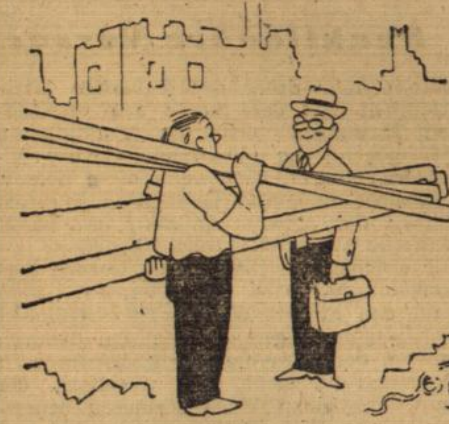
Achtung Genossinnen!
Die nächsten beiden Putztage im Klinikneubau sind: Donnerstag, 18. September, Mittwoch, 24. September. — Haltet Euch dafür frei! Wir erwarten Euch!
beliebte Geschäfte seien daran“. Die Folge war, daß ich meine Marmelade nicht verkaufte. Am 28. Juli mußten wir den Bestand melden. Am 3. August gab ich den Bestand wieder an. Vor acht Tagen ging ich persönlich auf das Amt und bat, die Marmelade weiter geben zu dürfen. Dies wurde von einem Beamten notiert. Am 3. September gab ich nun die Marmelade bei der Bestandsmeldung wieder an. Doch die Marmelade muß anscheinend vollends verderben. Für 120 Mark Marmelade, und dies trotz aller Nahrungsmittelnot und Hunger!
Bemerkungen wollen wir noch, daß viele, bezugsberechtigter Verbraucher im Juni und Juli ihre Marmelade nicht bekommen konnten, da ihre zuständigen Geschäfte frühzeitig ausverkauft waren und keine Nachlieferung erfolgte.

Stefan Meiers Denunziantin verurteilt

Schuld: Zuchthaus, Kz und Ermordung — Sühne: 3 Jahre Gefängnis

Freiburg. Die Denunziantin, die die Schuld an dem Tod des früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Stefan Meier trägt, die 37jährige Ruth Herminghaus aus Jena, stand gemeinsam mit dem 49jährigen Polizeimeister Friedrich Eberle aus Kollmarsreute zur Aburteilung vor der I. Strafkammer des Landgerichts wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.
Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident Dr. Mayer, die Vertretung der Anklage hatte Erster Staatsanwalt Schott. Die Angeklagte Ruth Herminghaus, eine geltungsbedürftige Person (die übrigens die 14monatige Untersuchungshaft körperlich besser überstanden hat, wie mancher in Freiheit befindliche und schwer schuftende und hungernde Arbeiter oder Arbeiterfrau), brachte durch ihre im Jahre 1941 erfolgte Denunziation den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Stefan Meier drei Jahre ins Zuchthaus, von wo es er anschließend in das Kz-Lager Mauthausen überführt wurde und dort den Tod fand.
Am 17. 6. 1941 hat der verstorbene Stefan Meier zu der Angeklagten geäußert: „Hitler ist der zweite Dschingis Chan, der die Welt erobern will. Er ist ein Blutsäufer. Bis jetzt hat Hitler nur Schladten gewonnen, aber nicht den Krieg. Der Krieg gegen die Sowjet-Union steht vor der Tür und Amerika wird auch noch eingreifen. Sie werden noch an mich denken, daß es so kommt, wie ich Ihnen sage.“
Zwei Tage später erzählte die Angeklagte diese Äußerungen dem Polizeimeister Friedrich Eberle und bei einem weiteren Zusammentreffen fragte die Angeklagte den Polizisten: „Was macht die Sache Meier?“ Mit diesen Worten brachte sie die Angeklagte ins Rollen.
Vor Gericht versuchte die Angeklagte, sich selbst zu entlasten und den Mitangeklagten Eberle zu belasten. Es wurde ihr aber nachgewiesen, daß sie die treibende Kraft war und niedrige Motive, wie Neid und Mißgunst, außer ihrer pronazistischen Gesinnung maßgeblich waren. Sie versuchte vergeblich nachzuweisen, daß sie nach erfolgter Denunziation die Tat sofort bereut hätte. Dies trifft jedoch nicht zu, denn im Sondergerichtsprozess gegen Stefan Meier hielt sie sämtliche belastenden Aussagen aufrecht und trägt so die Schuld an der Verurteilung, an der Verbringung ins KZ, und schließlich am Tode eines Antifaschisten.
In der Beweisaufnahme versuchten die meisten der vernommenen Zeugen die Angeklagte zu schonen. Der Zeuge R. sagte jedoch aus, daß die Angeklagte pronazistisch eingestellt war. Durch gewissenlose Weitergabe von politischen Äußerungen gegen das Dritte Reich, welche der Zeuge R. gegenüber der Angeklagten fallen ließ, trägt sie auch hier die Schuld, daß die seinerzeitige Uk-Stellung des Zeugen plötzlich aufgehoben wurde. Daß dieser Zeuge nicht auch im Kz endete, ist nur einem Zufall zu verdanken, sonst hätte die Angeklagte noch ein zweites Menschenleben auf dem Gewissen. Das Gericht hielt jedoch die Aussagen des Zeugen R. für bedeutungslos.
Der Anklagevertreter bezeichnete die Handlungsweise der Angeklagten Herminghaus als unmenschlich. Nach deutschen Gesetzen komme aber eine Verurteilung nicht in Frage, lediglich nach den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 sei eine Verurteilung aus politischen Gründen gegeben. Er beantragte für die Angeklagte Herminghaus drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, für den Mitangeklagten Polizeimeister Eberle eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.
Das Gericht fällt nach längerer Beratung folgendes Urteil: Die Angeklagte Ruth Herminghaus wird wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Jahr zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Angeklagte Eberle wurde freigesprochen.
In der umfangreichen Urteilsbegründung führte das Gericht u. a. aus: Ein Vergehen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 liegt bei der Anklage vor. Diese hätte mit einer höheren Zuchthausstrafe bestraft werden können. Nur ihre Beteuerung (?), daß sie die politische Laufbahn des Reichstagsabgeordneten Stefan Meier nicht gekannt habe will, bewahre sie vor dem Zuchthaus.
*
Am Tage nach der Urteilsverkündung fand im Justizministerium in Anwesenheit des Justizministers Dr. Nordmann, des Generalstaatsanwalts Kraf. Dr. Bader sowie des Anklagevertreters Erster Staatsanwalt Schott eine Pressebesprechung statt, um den Standpunkt des Justizministeriums in Bezug auf den Prozeßverlauf, die Urteils-fällung und Begründung näher zu präzisieren.
Unsere Meinung in Bezug auf die vom Gericht der Angeklagten zugebilligte Milderung, weil sie beteuerte, die politische Laufbahn des Stefan Meier nicht gekannt zu haben, ist die, daß man sich der Auffassung nicht verschließen kann, daß das Gericht offensichtlich nach Gründen gesucht habe, um diese Milderung zu rechtfertigen. Die Tatsache des Verbrechens bleibt immer bestehen, ob es sich um einen Menschen als Politiker oder um einen unpolitischen Menschen handelt, der diesem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.
Es wurde ferner erklärt, daß das Urteil als ein weiterer Schritt zur Nachholung der Sühne angesehen sei. In diesem Zusammenhang dürfte u. E. auch die Revidierung der im Waldshuter Denunziationsprozess und im Lörracher Synagogen-Prozess ausgesprochenen Fellurteile in Bälde zu erfolgen haben, damit das im Volke immer noch wurzelnde, sehr berechtigte Mißtrauen gegen unsere heutige Justiz durch mit dem gerechten Volksempfinden übereinstimmende Urteilsfindungen beseitigt wird.
H. Z.

Wiederaufbau



„Ich baue mir meine Wohnung aus. Nur das Dach fehlt noch.“ — „Das können Sie sich sparen, es regnet ja doch nicht!“
(Wolfgang Stamm)

Ausstellung Otto Dünkelsbühler

Ausgerechnet Dünkelsbühler muß der Mann heißen, der mit freiem und mutigen Augen in die Welt blickt, und der das Erschaute dank seiner Begnadung auf Holz, Papier, Leinwand, auf irgend etwas bannt und den Beschauer seiner Bilder zur Sicht übersehenen Reichtums zwingt. Die Freiburger Bildenden Künstler zeigen Werke dieses Malers in den Ausstellungsräumen des Hauses Stadelmann (Franziskanergasse 9). Dazu geben sie den Besuchern einen Prospekt in die Hand, der neben persönlichen Daten und einigen durchaus ernsthaften Worten (als des Künstlers erfreulich subjektive Meinung über das Wesen und die Mission der Malerei) auch einen Katalog der ausgestellten Bilder enthält, der — da er das Entstehungsjahr jedes einzelnen Werkes vermerkt — sehr instruktiv ist.
So erkennt man, wie Otto Dünkelsbühler immer mehr dem Kompakten, Einheitslichen entsagt und sich der lustvollen Auflösung alles Farbigen bis in die kleinsten Lichtteilchen hingibt. Damit streift er die Schaffensweise mancher Impressionisten („Helle Frühlingsnacht!“), ohne daß man ihn jedoch selbst als Impressionisten bezeichnen könnte. Dazu ist seine Darstellung zu unmittelbar.
Zweifelloso liegt die Stärke dieses Künstlers in der Landschaftsmalerei. Wie hier (Wellenschlag, Frühling am Wasser, Kanaküste) noch der letzte farbige Reflex seinen malerischen Ausdruck findet, das ist nachgerade meisterlich.
Schade, daß derartige Ausstellungen ihrer Art gemäß nicht mit Pomp und Lärm angekündigt werden können. Es würde damit vielleicht mancher angelockt, zur Begegnung mit dem Künstlerischen finden, der achtlos am Ausstellungshaus vorbeihastet, um bei aller Eile seine Blicke dem häßlichen Tand zu widmen, der sich allorts in den restlichen Vitrinen, Schaufenstern und Wohnräumen drängt.
Dr. Ku.
Freiburg. Die Freie Jugend, Kreis Freiburg, hält heute, Mittwoch, 17. September, 20 Uhr, in den unteren Räumen des Gewerkschaftshauses, Schwabentorplatz, eine Hauptmitgliederversammlung ab, zu welcher alle Mitglieder eingeladen sind. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht.
Verantwortlich für den Heimanteil: Hanns Adam Faerber, Offenburg.

Bekanntmachung
Die Dienststellen des Badischen Ministeriums des Innern, Abteilung für den Wiederaufbau (bisher Staatskommissariat für den Wiederaufbau), Löwenstraße 1, bleiben in der Zeit vom 15. bis 22. September 1947 einschließlich für den gesamten Publikumsverkehr geschlossen.
Badisches Ministerium des Innern.
Das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung gibt bekannt:
Um die Ausgabe der Bons de Deblocage über kleinere Warenmengen zu vereinfachen, werden ab September 1947 von dem Gouvernment Militaire de Bade, Section Ravitaillement, anstelle von Bons de Deblocage Bezugskarten an bestimmte Gruppen der Verbraucher-kategorien K 1, K 2, Jgd I., Jgd 2 und E ausgegeben.
Die Bezugskarten sind aus dem Lebensmittelkartenpapier mit Wabennuster-Wasserzeichen hergestellt und bestehen aus einem numerierten Talon und Abschnitten für verschiedene Lebensmittel mit dem Aufdruck in deutscher und französischer Sprache und Mengenangabe. In der rechten oberen Ecke ist die Verbraucher-kategorie, in der linken oberen „E“ Baden angebracht. Es dürfen nur die badischen Bezugskarten beliefert werden. Mit Ablauf des aufgedruckten Monats verlieren diese ihre Gültigkeit.
Die Einzelabschnitte dieser Bezugskarten für Milch, Brot, Zucker, Fleisch, Fett, Käse, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Kindernährmittel, Kartoffeln und Wein sind von den für die Belieferung der Bons de Deblocage bestimmten Verkaufsgeschäften bei Vorlage der Bezugskarten abzutrennen und wie Deblocage-Scheine zu beliefern. Die übrigen Verkaufsgeschäfte können diese Bezugskarten, soweit Vorräte vorhanden sind, ebenfalls beliefern. Vorgelegte Einzelabschnitte ohne den numerierten Stammschnitt sind ungültig.
Die belieferten Bezugskarten sind, mit Ausnahme der Abschnitte für Wein, von den Verkaufsgeschäften zusammen mit den deutschen Bedarfsnachweisen monatlich ihren Abrechnungsstellen zur Abrechnung einzureichen. Die belieferten Abschnitte für Wein müssen auf besonderem Blatt aufgelegt mit der dem Badischen Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung monatlich einzureichenden Bestandsmeldung mit vorgelegt werden.
Freiburg, den 9. September 1947.

Stellenangebote
Ordenti. Mädchen oder Frau als Haushalthilfe in Geschäftshaus für vormittag baldmöglichst gesucht. Auf Wunsch Wohnmöglichkeit im Hause. Angebote erbeten u. 9-10 Agentur Achern, Hauptstr. 24.
Gewandete Stenotypistin u. Sekretärin sofort gesucht. Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle Freiburg i. Br., Erbprinzenstr. 7. (32-893)
Für Mühlheim u. Umgebung werden Ortsvertreter gesucht für Zusatzkrankenkasse. Zuschriften unter Nr. 20-622 an die Geschäftsstelle U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.
Fasser und Goldschmied (auch Heimarbeiter) bei bester Bezahlung und guter Behandlung sofort gesucht. Eberhard Hess, Ringfabrik, Pforzheim, Hirsauer Straße 11. (32-772)
Wirtschaftsfähige sucht für interessante, entwicklungs-fähige Tätigkeit: 1. bilanzsicheren Kaufmann, möglichst mit Revisionserfahrung; 2. zuverlässige Schreibkraft o. Sekretariatswärter(in), möglichst mit Kenntnissen in der Buchhaltung.
Angebote u. Nr. 32-779 an U. T., Offenburg

Wohnungstausch
Ein gr. Zimmer m. geräumig. heller Notküche, Mansarde u. Keller in Stadtmitte geg. 2-3 Zimmerwohnung in Freiburg oder Vorort zu tauschen. Angebote unter Nr. N 1763 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Brsg. (A14-210)
Biete in Vorort Freiburg schöne 2 Zimmerwohnung mit Küche u. Balkon, suche ebensolche in Freiburg. Zuschriften unter Nr. 20-629 an die Gesch.-Stelle U. T. Freiburg i. Br., Schwabentorstr.

Freiburger Veranstaltungen
Stadt. Bühnen Freiburg
Casino:
17. September, 20 Uhr: „Wiener Blut“
18. September, 20.00 Uhr: „Das Land des Lächeln“
Kammerspiele:
17. September, 19.30 Uhr: „Der Urfaust“
19. September, 20.00 Uhr: „Vor-trag von Heinrich Altman.“
Harmonie-Lichtspiele
Nur noch bis mit Donnerstag! MEINE FRAU THERESA
Der große Lustspiel-Erfolg von Arthur Maria Rabenalt mit Hans Söhnker, Elsie Mayerhofer, Harald Paulsen, Mady Rahl, Rolf Weih. - Jugendverbot bis 16 J. Ab Freitag!
FRIEDWIG IN BERLIN (K8-68)
Der neue deutsche DEFA-Film von Gerhard Lamprecht mit Fritz Rasp, Hans Leibelt, Paul Bildt, Heddar Sainow, Harry Hindemith. - Jugendfrei. - Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 Uhr. Dienstag, Mittwoch u. Freitag auch abends 21 Uhr. - Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr. - Achtung! Sonderprogramme!
Nur Dienstag, 18. 9. — 16.30 Uhr 5 auserlesene frz. Kulturfilme. Freitag, 19. 9. — 16.30 Uhr „Symphonie Fantastique“.
Union-Theater
Nur noch bis mit Donnerstag!
WIENER BLUT
Willy Forst's großartiger Operettenfilm aus der Zeit des Wiener Kongresses mit Maria Holst, Willy Fritsch, Hans Moser, Theo Lingen, Paul Henckels. - Jugendfrei.
Ab Freitag!
IN LETZTER MINUTE
Eine lustige Mischung von Sport, Liebe u. Devisenschleichern mit Ingeborg v. Kusserow, Eise v.

Liebesgaben-Pakete
Was wir Ihnen bieten:
1. erstklassige Qualität
2. günstige Preise
3. Netto-Gewicht
4. Bedeutend verbilligte Nachnahmegebühren
5. Prompte Bedienung, sofortiger Versand nach allen Zonen
6. Vollen Ersatz bei Verlust
Verlangen Sie Prospekt von unserem Paketversand
Firma Christian Braun, Lörrach/Baden, Tumlingerstr. 197, Tel. 2350
Vergleichen Sie unsere Preise!
DONATA A. G. BASEL
Hammerstr. 57
Postscheck-Konto V 18 869

Am 15. 8. 1947 starb an einem Herzschlag unser lieber, treubesorgter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, und Onkel (19-125)
Ernst Löffel
im Alter von 60 Jahren. Wir haben ihn in aller Stille zur ewigen Ruhe bestattet. Für die herzliche Anteilnahme sagen wir unseren Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Birkholz für seine trostreichen Worte am Grabe.
In tiefer Trauer:
Kath. Elisabeth Löffel, geb. Mellert; Fam. Friedolin Riesterer; Grunern, Fam. Math. Bührer, Windenreute; Anni Löffel Ww. u. Kinder, Nürnberg, Fam. Fritz Löffel, Mannheim; Ernst Löffel u. Braut. (19-125)
Windenreute, 18. 8. 1947.

Verheiratet
Strebsamer, ordentlicher Arbeiter, 38 Jahre alt, ev., 1,73 m, bildschuldig, in guter Position, sucht Lebensgefährtin, welche mit ihm ein neues Lebensglück aufbauen möchte. Zuschr. u. Nr. 25-226 U. T. Konstanz, Rosgartenstr. 9.
E-Klarinette, gutes Instrument, in tadell. Zustand mit Etui geboten. Es-Klarinette gesucht. Geige ¾ mit Kasten u. Etuiden geboten. erbitte Tauschangebot. Zuschr. u. Nr. 25-227 U. T. Konstanz, Rosgartenstr. 9.
Suchen PKW, möglichst fahrbereit. Tausch gegen Hartfaserplatten möglich. Zuschriften u. Nr. 32-887 U. T. Offenburg, Postfach 361.
Sportliches Sommerkleid mit Stickerei, neuwertig, Gr. 42, abzugeben. - Suche Damenschuhe, Gr. 37. Zu erfragen, Freiburg i. Br., Karlauerstraße 66, part. (20-630)

Tausch
1. Tonner Anhänger mit Bereifung gegen LKW oder PKW ohne Bereifung zu tauschen gesucht. Angebote an die Gesch.-Stelle U. T. Emmendingen unter Nr. 18-125.
Herrenanzug, Gr. 42-44 gegen Gr. 46-48 zu tauschen ges. Angeb. unter L 1763 an OBANEX, Anz-Exp., Freiburg i. Br. (A14-209)
Herrenanzug, mittl. Gr., zu kaufen od. nach Vereinbarung zu tauschen. Angeb. unter N 1763 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (A14-211)
Baumaterialien gesucht, eventl. Tausch gegen Pferd. Angebote unter Nr. 70-171 U. T. Offenburg, Postfach 361.
Geboten neuwert. Einheitsherd, gesucht neuwert. Anzug, 48-50. Zuschr. u. Nr. 25-223 U. T. Konstanz, Rosgartenstr. 9.
E-Klarinette, gutes Instrument, in tadell. Zustand mit Etui geboten. Es-Klarinette gesucht. Geige ¾ mit Kasten u. Etuiden geboten. erbitte Tauschangebot. Zuschr. u. Nr. 25-227 U. T. Konstanz, Rosgartenstr. 9.
Suchen PKW, möglichst fahrbereit. Tausch gegen Hartfaserplatten möglich. Zuschriften u. Nr. 32-887 U. T. Offenburg, Postfach 361.
Sportliches Sommerkleid mit Stickerei, neuwertig, Gr. 42, abzugeben. - Suche Damenschuhe, Gr. 37. Zu erfragen, Freiburg i. Br., Karlauerstraße 66, part. (20-630)

Geschäftliches
Gummistempel und Emalschilder liefert: Hallancy, Ravensburg, (14b) Richhofenstr. 14. (32-653)
3 Schlager: Selbstbauanleitungen für versch. Kleinmöbel (D.R.G. M.) RM 3.-, für moderne und Bauernstil-Möbel RM 2.50, für 6 versch. Lauspielzeuge RM 4.50. Alle 4 Anleitungen (ges. geschr., klare Zeichnungen mit Text) nur RM 8.60. Vorkasse oder Nachnahme. Alleinvertrieb F. W. Bergen, Dingolding/Isar (Hs), Postfach 13. (A10-3)
Werde Mitglied
in der Konsumgenossenschaft
Freiburg im Breisgau
45 Verkaufsstellen in Freiburg und Umgebung.

Achtung Freiburger Kollegen!
Die Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner hält am 19. bis 21. Sept. in Freiburg eine Konferenz ab, an welcher 200 Delegierte teilnehmen. Wir benötigen dringend noch Quartiere gegen Bezahlung, ohne Verpfligung. Wir bitten um sofortige Meldung an Gewerkschaftshaus Schwabentorplatz 2, Zimmer 27.
Geschäftsverlegung:
Gummi-Fuchs
Freiburg i. Br.
jetzt: Schreiberstr. 16
Gegen Würmer hilft Vermoton, das unschädliche und zuverlässige Wurmmittel. Erhältlich in allen Apotheken. Herst.: Apoth. Dr. W. Mayer, Stuttgart-Bad Cannstatt. (A13-3)